

wir die Kommissionssitzung formal unterbrechen. Ich hoffe, daß wir das alles so schaffen. Wir schaffen das umso leichter, je mehr es gelingt, sich an die zeitlichen Vorgaben zu halten. Deswegen beende ich jetzt auch meine Vorrede und erteile Herrn Schaefer das Wort. Frau Elmenreich von der Jenaer Geschichtswerkstatt ist noch nicht eingetroffen, deswegen beginnen wir mit dem Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, für das Herr Schäfer heute hier ist. Bitte schön.

**Bernd Schäfer:** Guten Morgen. Ich bin hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter einer von den katholischen Bischöfen Ostdeutschlands eingesetzten Arbeitsgruppe, die bis 1997 arbeiten wird und dann einen Bericht vorlegen wird zum Thema „Staatssicherheit und katholische Kirche“. Ich bin heute gebeten worden, für das Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, in dessen Kuratorium ich Mitglied bin, einige Ausführungen zu machen. Heinrich Theissing war katholischer Bischof in Mecklenburg von 1970 bis 1987, er ist 1988 verstorben und hat eine große Bedeutung für die Katholiken Mecklenburgs, weshalb man dieses Institut nach ihm benannt hat. Das Heinrich-Theissing-Institut wurde am 9. August 1993 als Dokumentationszentrum für Kirchen- und Zeitgeschichte mit Sitz in Schwerin errichtet. Es ist laut Satzung ein selbständiges Sondervermögen des Erzbischöflichen Amtes Schwerin. Zweck des Institutes ist die Erforschung der Kirchen- und Zeitgeschichte, soweit sie für den Auftrag der Kirche für Bedeutung ist. Es geht auch um die Veröffentlichung und Verwertung von Forschungsergebnissen und vor allem um die Sicherung von Archiven und Archivunterlagen im Bereich der katholischen Kirche Mecklenburgs. Für die Forschungsarbeiten in Archiven, für gutachterliche Tätigkeiten, zur Erarbeitung von Konzeptionen und Publikationen im Forschungs- und Bildungsbereich werden neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt. Das Institut wird durch einen hauptamtlichen Direktor geleitet. Die Mitarbeit der ehren-, haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter ist projektbezogen. Die Vergütung erfolgt über Honorare. Die Arbeit wird finanziell aus kirchlichen Mitteln, aus Fördermitteln des Landes und aus Spenden gesichert. Die entsprechenden Angaben wurden im Rahmen der Fragebogenaktion der Enquete-Kommission übermittelt. Hinzuweisen ist darauf, daß die Finanzierung der Projekte durch das Land Mecklenburg-Vorpommern von 50 % im Jahre 1995 auf 33 % im Jahre 1996 gekürzt wurde.

Zu bisherigen Tätigkeiten und Erkenntnissen wie künftigen Projekten ist zu sagen, daß relativ systematisch die zentralen und regionalen Archive in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, soweit sie die katholische Kirche betreffen, gesichtet sind und umfangreiche Aktenbestände ausgewertet, dokumentiert und in einem Archiv erfaßt wurden. Es handelt sich dabei um die Akten der SED-Bezirksleitungen der drei Nordbezirke, der Räte der Bezirke sowie – zentral in Berlin – der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, der Abteilung Kirchenfragen des Hauptvorstandes der CDU und vor allem um die umfangreichen Bestände im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. In dieser Funktion bin ich auch mit diesem Institut verbunden.

Die Arbeit für die nächsten Jahre soll sich in fünf Teilprojekte gliedern, die alle parallel bearbeitet werden. Es sind dazu entsprechende Projektmeldungen in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“ veröffentlicht worden. Ich möchte auf drei Punkte ganz kurz hinweisen. Es wird in diesem Jahr voraussichtlich ein Buch zur Zerstörung der Rostocker Christuskirche im Jahre 1971 erscheinen. Dazu wird jetzt auch ein Beitrag im „Deutschland Archiv“ erscheinen. Diese Sprengung steht im Kontext der Ulbrichtschen Städteplanung, sie hatte in ihrer Zeit nicht diese dramatische Bedeutung wie die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968, ist aber durchaus im diesem Zusammenhang zu sehen. Dazu sind sehr umfangreiche Aktenbestände aufgearbeitet worden. Es wird am 19. Oktober dieses Jahres dazu in Rostock ein öffentliches Symposium stattfinden, auf dem erste Erkenntnisse vorgestellt werden. Es wird weiterhin etwas publiziert werden zum Thema „Antifaschismus in der DDR“ – eine kritische Biographie eines ehemaligen katholischen Pastors aus Neustrelitz, der 1961 von der Kirche suspendiert wurde, bis dahin aber für VVN und CDU in der Volkshammer saß, im Hauptvorstand der CDU war und der eine gewisse Funktion auch im öffentlichen „Antifaschismus“ der DDR hatte. Sein Name war Karl Fischer und seine Geschichte kann man aus MfS- und NS-Akten darstellen, um zu zeigen, wie antifaschistische Karrieren in der DDR auch erschlichen werden konnten.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die gutachterliche Tätigkeit für die Enquete-Kommission des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, die hoffentlich weiterarbeiten und diese Dinge weiterhin fördern und auch veröffentlichen wird. Hier wird das Heinrich-Theissing-Institut ein Gutachten zum Thema „Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR“ erstellen. Wir werden uns beschäftigen mit der Atheismus-Propaganda, mit den sozialistischen Riten zur Gestaltung von Lebenswenden und der wissenschaftlichen Atheismusforschung, wie sie vor allem in Mecklenburg in den Nordbezirken durch die entsprechenden Institute, etwa in Warnemünde, betrieben wurde.

Was die Stiftung angeht, macht es relativ wenig Sinn, etwas zu sagen, was alle Podiumsteilnehmer zum Teil schon gesagt haben, zum Teil dann auch wiederholen werden. Das kann man nur unterstützen. Eine Stiftung, die auf projektbezogener Basis Fördermittel vergibt, die beantragt werden können, und die vielleicht orientiert wäre an der Drittmittelförderung wissenschaftlicher Projekte im Universitätsbereich, wäre ein unbedingtes Muß, das ist überhaupt keine Frage.

Ich möchte nicht unbedingt an die Enquete-Kommission, aber doch an die Öffentlichkeit aufgrund meiner Erfahrungen in der Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS die Erwartung äußern, daß es dringend erforderlich ist, in der Abteilung „Bildung und Forschung“ und der „Projektgruppe Wissenschaft“ den derzeitigen Stellenstand zu erhalten, wenn nicht zu erhöhen, und daß vor allem im Bereich der Archive der Behörde auf zentraler wie auf regionaler Ebene der Mitarbeiterstand erhöht werden sollte, damit die Erschließung zügiger vorangehen kann, weil die Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes eine der zentralen Quellen für die gesamte Aufarbeitung sind. Wenn ich nur übersehe, was für den Bereich der relativ kleinen katholischen Kirche in der DDR an Aktenbergen ermittelbar ist und welchen Zeitraum es beansprucht, diese Dinge zu beantragen und zu sichten und welchen Arbeitsaufwandes es für die Landesbeauftragten und für den Bundesbeauftragten bedarf, so möchte ich hier ausdrücklich dafür plädieren, diese Behörde so lange wie möglich offen zu lassen und ihnen weitere Mitarbeiter vor allem im Forschungsbereich zu geben. Danke schön.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Ich danke Ihnen herzlichst. Ich darf nur darauf hinweisen, es empfiehlt sich, zu den Forderungen schon in der gesetzten Zeit zu kommen, dann ist hinterher der Druck geringer. Inzwischen ist Frau Ellmenreich eingetroffen, die ich ganz herzlich begrüße. Wir lassen sie aber noch ein wenig verschnaufen und machen deshalb erst auf dieser Seite weiter. Frau Stephan von der Gedenkstätte Magdeburg, Moritzplatz.

**Annegret Stephan:** Guten Tag. Ich leite die Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Magdeburg, Moritzplatz. Etwas zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte: Sie ist bereits im Dezember 1990 durch Beschluß der Stadtverordneten entstanden. Damals wurden zwei ABM-Kräfte eingestellt, weitere fünf ABM-Kräfte kamen dann im Laufe der Jahre hinzu. Mittlerweile haben fünf Mitarbeiter einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Am 1. Januar 1994 ist diese Gedenkstätte in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt übergegangen. Wir sind dem Innenministerium zugeordnet. 95 % der Kosten für diese Gedenkstätte trägt das Land, 5 % die Kommune. Diese Dinge werden durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Kommune und dem Land geregelt. Wir haben 1993 mit Unterstützung der Landespolitiker eine ABM-Stelle für einen Psychologen schaffen können. Diese Stelle ist jetzt abgelaufen, aber in diesem Jahr hat das Justizministerium von Sachsen-Anhalt eine feste Anstellung für einen Psychologen geschaffen, der sowohl in der Gedenkstätte als auch bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein Arbeitszimmer bekommt. Soweit also die Entstehung.

Nun zur Tätigkeit. Aufgrund dessen, daß wir sehr früh vor Ort saßen in dieser ehemaligen Untersuchungshaftanstalt, sind die meisten der Betroffenen, die zu uns gekommen sind und sich der Wucht dieser Wiederbegegnung natürlich auch gar nicht bewußt waren, mehr oder weniger zusammengebrochen. Es war eine unserer ersten Aufgaben, neben dem Aufnehmen dieser sehr bedrückenden Lebensberichte auch Hilfestellung zu geben. Die Zeit der Verdrängung war ja auch durch das Reha-Gesetz dann nicht mehr gegeben. Die Betroffenen waren also unter ziemlich großen Schwierigkeiten nun mit dem Zurückholen ihrer Vergangenheit konfrontiert. Es gehört sicherlich nicht zu den originären Aufgaben einer Gedenkstätte, aber die psycho-soziale Betreuung hat bei uns dadurch einen sehr hohen Stellenwert bekommen. Gerade in den Jahren 1990/91, als es noch relativ viele Probleme mit den Rehabilitierungsverfahren gab, haben wir uns sehr stark auf die Unterstützung Betroffener in juristischen Fragen stützen müssen. Das heißt, wir brauchten natürlich, da wir selbst keine

Juristen sind, juristischen Beistand. Wir haben das Glück, zwei sehr gute Rechtsanwälte zu haben. Ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht hat eine OLG-Entscheidung in Reha-Fragen aufgehoben, und unser neuester Gewinn ist, daß wir die Wiederaufnahme eines Reha-Verfahrens erreicht haben. Die Psychologin, die wir bei uns hatten, war zwischen uns, sie arbeitete mit uns, und es fiel einfach den Betroffenen überhaupt nicht auf, daß da nun ein Psychologe war. Wir kennen also die Ängste und die Schwierigkeiten: Wenn wir dem Betroffenen sagen, es wäre sinnvoll, einen Psychologen aufzusuchen, dann bekommen wir meistens Protest. Aber in unseren Räumlichkeiten ließ sich das sehr gut machen. Wir geben Hilfestellung auch bei Anträgen zur Anerkennung von Haftfolgeschäden. Ich habe das Glück, in Magdeburg bei großen Veranstaltungen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeiten zu können, d. h. wir können und wir wollen damit deutlich machen, daß die Themen überparteilich sind, und wir haben dadurch auch einen größeren finanziellen Rahmen. Ich habe mir erlaubt, die drei Broschüren, die in diesem Rahmen entstanden sind, der Enquete-Kommission zu geben.

Ein weiterer großer Bereich, der dann entstanden ist, ist der Bereich der politischen Bildung. Wir haben Führungen innerhalb der Gedenkstätte, aber wir gehen auch mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus. Unsere nächste Veranstaltung ist in Niedersachsen zu dem Problem der Anerkennung von Haftfolgeschäden. Danke.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Ich möchte kurz zwischendurch etwas sagen. Wir müssen uns entschuldigen, daß die Zeit für Sie so kurz ist. Die Alternative wäre gewesen, sehr viel weniger Gruppen die Möglichkeit zu geben sich darzustellen, aber ich will Ihnen noch mal sagen, Sie haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages heute hier bei sich und es besteht die Gelegenheit, Ihre Vorstellungen und Ihre Wünsche an uns heranzutragen. Ich rufe als nächstes Herrn Wernowsky vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt auf.

**Harald Wernowsky:** Guten Tag. Ich bin jetzt Vorsitzender des Bürgerkomitees. Das ist ein Ehrenamt. Ich arbeite sonst an der Uni in Magdeburg als Europareferent. Ich habe mich zwei Jahre hauptamtlich mit der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes beschäftigt. Der Aufarbeitungsprozeß begann für das Magdeburger Bürgerkomitee am 6. Dezember 1989 mit seiner Gründung und mit der Kontrolle der MfS-Objekte. Die Hälfte seiner Mitglieder sind seit diesen ersten Wochen dabei, sind authentische Zeitzeugen des Auflösungs-, Aufarbeitungs- und Aufklärungsprozesses. Ich möchte erst einmal zu dem Zukünftigen kommen, da die Zeit sehr knapp ist. Die weitere Entwicklung hängt natürlich ab von der Finanzierungsmöglichkeit und ist deshalb eng gefaßt. Unser historisches Dokumentationszentrum „Diktatur und Machterhalt in der DDR“ soll folgende ergänzende Aspekte beinhalten: Zukünftig eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Ost-West-Seminare und eine stärkere Kooperation mit der Forschung und mit der Verwaltung. Derzeit wird das Dokumentationszentrum, das sich am gleichen Ort wie die Gedenkstätte befindet,

am Magdeburger Moritzplatz, im Erdgeschoß des ehemaligen Vernehmergebäudes, durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder des Bürgerkomitees als Trägerverein und durch die Arbeit von drei Mitarbeiterinnen gestützt, die nach § 248 AFG gefördert werden. Diese Mitarbeiterinnen waren zuvor nicht Mitglieder des Bürgerkomitees.

Zu den Defiziten: Der Vorstand des Bürgerkomitees muß seine überwiegende Kraft für das Einwerben von Fördermitteln einsetzen. Diese Zeit geht für wichtige Bildungs- und Forschungsarbeit verloren. Bis heute wurden trotz einer seit 1994 bestehenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Stadt und Land keine Verträge zur Nutzung der Räumlichkeiten abgeschlossen. Mit Ablauf des dritten Förderjahres der Arbeitsförderungsmaßnahme im Juli 1997 ist keine Verlängerung mehr möglich. Das Bürgerkomitee ist nicht in der Lage, notwendige Personalkosten aus Beiträgen oder Spendenmitteln zu finanzieren. Somit ist die weitere Arbeit des Dokumentationszentrums gefährdet. Obwohl Projektanträge für Personalkostendeckung beim Land und parallel dazu bei der Lottogesellschaft gestellt wurden, ist der Ausgang ungewiß, und es wäre sicher auch nur eine befristete Lösung für das 2. Halbjahr 1997. Alle Anträge von Opfernverbänden an das Land, Mittel aus dem SED-Vermögen für ihre Vereinsarbeit zu erhalten, sind bisher mit der Begründung abgelehnt worden, diese Mittel seien dafür nicht vorgesehen. Deshalb die konkrete Erwartung an den Bundestag: In jedem ehemaligen DDR-Bezirk sowie an ausgewählten Punkten der innerdeutschen Grenze muß mindestens ein überregionales Dokumentations- oder Aufarbeitungszentrum die Wirkung der SED-Diktatur mit ausreichenden Personalsachmitteln darstellen können. Dabei sollten bereits bestehende Initiativen gegenüber Neugründungen bevorzugt werden bzw. diese inhaltlich und personell einbezogen werden. Die Finanzierung könnte über eine Stiftung erfolgen. Hierfür sollte das ehemalige SED-Vermögen eingesetzt werden. Weiter haben wir die Erwartung, daß der Bundestag die Hinweise der Aufarbeitungsinitiativen und der Opfernverbände bei der Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, des Rentenüberleitungsgesetzes und der Unrechtsbereinigungsgesetze angemessen berücksichtigt. Zurück noch mal zu dem Beginn. Unsere Forderung im Jahr 1990 am Runden Tisch, daß die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt eine Stätte des Gedenkens und der Aufarbeitung werden solle, war der Grundstein für die Begründung der dort jetzt bestehenden Möglichkeiten. Im November 1990 eröffneten wir gemeinsam mit dem Verein Memorial die erste Ausstellung „Stasi in Magdeburg“ am gleichen Ort. Nach einer unglückseligen Zwischennutzung des Vernehmergebäudes als Obdachlosenasyll begannen wir 1992, unterstützt durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, mit dem Wiederherrichten der Räume im Erdgeschoß und mit dem Aufbau des Dokumentationszentrums. Von der öffentlich nutzbaren Fläche von ca. 260 m<sup>2</sup> sind zwei Drittel als Ausstellungsräume und ein Drittel als Bibliothek genutzt, für die ständige Ausstellung über das Wirken von MfS und SED und für Sonderausstellungen. Elf Sonderausstellungen haben wir in den vergangenen Jahren bearbeitet, über Sonderlager des NKWD bis zum Herbst 1989, und wir haben auch aus unseren Reihen den Personaltransfer unterstützt.

Wir haben das Komitee zur Auflösung des MfS im Bezirk geleitet. Die Leiterin der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen kommt aus unseren Reihen und die Landesbeauftragte ebenfalls. Wir arbeiten auch heute in Personalkommissionen des Landes mit. Danke schön.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Vielen Dank, Herr Wernowsky. Wir machen weiter mit Herrn Rudolph von der Initiative Lager Mühlberg e.V.

**Günther Rudolph:** Schönen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin Vorsitzender der Initiative Lager Mühlberg, bin aber auch gleichzeitig im Häftlingsbeirat der Stiftung Buchenwald und Mitglied in der UOKG. Wenn ich gebeten worden bin, für die Initiativgruppe Mühlberg eine Darstellung zu geben, so glaube ich mir herausnehmen zu können, dies für alle elf anderen auch zu tun, denn wir, die Initiativgruppe Mühlberg, sind repräsentativ für alle Gruppen, die sich an immerhin elf Lagerstätten installiert haben. Wir waren seinerzeit als ehemalige Häftlinge und Angehörige angetreten, Opfern zu helfen, Einzelschicksale zu klären, Gräber zu ermitteln, eine Gedenkstätte zu errichten. An dieser Aufgabe arbeiten wir laufend weiter. Die Arbeit verläuft in den einzelnen Initiativgruppen sehr unterschiedlich. Es kommt ganz darauf an, wie die Gemeinden mithelfen, wie die Unterstützung ist. Denn letztlich sind wir auf Geld angewiesen, das uns aus dem Topf des Bundesinnenministeriums zur Verfügung gestellt wurde. Für Mühlberg darf ich sagen: Wir konnten längere Zeit eine ABM-Kraft beschäftigen, wir haben unser Archiv, ein Museum, wir bemühen uns auch, das Lagergelände – eines der wenigen Gelände, die noch vorhanden sind – als „Museum zum Anfassen“ zu gestalten. Wir legen sehr viel Wert auf internationale Beteiligung, was uns dadurch gelang, daß wir in Mühlberg nicht nur das Gedenken an die Opfer des Lagers nach 1945 pflegen, sondern die Kriegsgefangenen mit einbeziehen konnten. Wir hatten im vergangenen Jahr – 50 Jahre nach Errichtung des Lagers und Auflösung des Kriegsgefangenenlagers –, eine Veranstaltung mit internationaler Beteiligung aus Botschaften der wichtigsten westlichen und östlichen Länder. Die künftigen Schwerpunkte werden sich kaum verändern. Es bleibt bei dem Ziel der Zusammenfassung aller Erkenntnisse, der Dokumentation und der Herausgabe von Informationsschriften usw.

Doch nun zu den Erwartungen. Hier, glaube ich, liegt das Problem. Organisatorisch sind die Gruppen eingebunden in die UOKG – Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Diese allerdings ist leider auch nur eine Zusammenfassung dieser Initiativgruppen, d. h. sie ist selbst keine Institution. Die Fortführung der Arbeit der Initiativgruppen hängt sehr stark von einer Dachorganisation ab, die die Interessen dieser Gruppen, nämlich den Kreis der ehemaligen Häftlinge der Speziallager, die Verurteilten der sowjetischen Militärtribunale wie auch Häftlinge in Hoheneck und Waldheim, vertritt. Es gibt in dem Zusammenhang zwar Stiftungen, ich denke an Buchenwald, an Brandenburg wie auch Sachsen, oder – wie ich eben hörte – Sachsen-Anhalt. Hier bestehen leider die Probleme, die allseits bekannt sind. Es ist die Gefahr gegeben, daß sowohl Sachsenhausen als auch Buchenwald leicht etwas unterge-

buttert werden unter das Primat der früheren Lager. Auch besteht die Gefahr, daß wir in die Scheren der divergierenden Historikerkommissionen hineingeraten, was häufig zu Irritationen führt. Es ist verschiedentlich angesprochen worden, daß die Sachverhaltsaufklärung, daß die Hilfe häufig auf Schwierigkeiten stößt. Ich habe mir in einem Verfahren im März dieses Jahres vor dem Berliner Verwaltungsgericht, in dem es um die Rehabilitierung einer wegen angeblicher Abwehrangehörigkeit zum Tode Verurteilten ging, sagen lassen müssen: „Na ja, die wollen ja bloß Geld, die haben früher schon mal als Heimkehrer Geld gekriegt, jetzt haben sie gehört, daß es noch mehr gibt, jetzt wollen sie darum kämpfen.“ So etwas von Behördenvertretern in einem Prozeß zu hören ist einfach unfaßbar. Und wenn dann das Gericht attestiert, eine Rehabilitierungsentscheidung ergehe ja nur deswegen, weil russische Interessen nicht verletzt worden sind, so ist das beschämend. Und ich glaube, hier ist eine Aufklärung notwendig. Ich höre, daß da Urteile ergangen sind, und ich würde es sehr begrüßen, wenn auch eine Sammlung der Rechtsprechung und der Literatur dazu erfolgen würde. Ich möchte mich selbst persönlich dazu bereit erklären. Ich bin jetzt in der Berufung vor dem OVG und werde die Sache bis zum Bundesverwaltungsgericht treiben.

Noch eine ganz kleine Bitte. Politisch brauchen wir Unterstützung. Sie kennen das Problem Buchenwald. Häftlinge werden leider heute entweder in die linke oder in die rechte Ecke gedrückt. Durch unqualifizierte, vorweggenommene angeblich historische Erkenntnisse – ich möchte das nicht weiter ausführen – wird ein ganz negatives Image in der Presse hervorgerufen. Die Bemerkungen von Herrn Knigge sind bekannt. Wir fühlen uns vielmehr als die letzten Zeitzeugen, die in den Lagern, in den Speziallagern gesessen haben. Für uns ist die wichtigste Aufgabe, dieses für die Jugend festzuhalten als Mahnung, daß jede Diktatur ihre Opfer gefordert hat, ob das SED, ob das NKWD oder ob das die Nazis waren. Jeder Tote in diesen Lagern ist einer zuviel, und das ist unsere Auffassung, die wir selbst jahrelang in diesen Lagern zugebracht haben. Danke sehr.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Herzlichen Dank, Herr Rudolph. Als nächster Herr Dr. Bernitt vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten.

**Dr. Hartwig Bernitt:** Meine Damen und Herren, der Verband ehemaliger Rostocker Studenten, abgekürzt VERS, wurde 1957 in Tübingen gegründet und begann Mitte der 60er Jahre mit der Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Im Ergebnis entstand 1969 die Publikation von Thomas Ammer „Universität zwischen Demokratie und Diktatur“ und in den 80er Jahren die Darstellung des Schicksals von Arno Esch, die 1990 unter dem Titel „Mein Vaterland ist die Freiheit“ in Rostock erschienen ist. Seit der Wende unterstützt der VERS die demokratische Erneuerung der Universität Rostock durch Öffentlichkeitsarbeit. Eine Gedenktafel für Esch wurde bereits im Februar 1990 errichtet. Eine szenische Lesung des Volkstheaters über die Universitätsprotokolle zum Stalinismus erfolgte ebenfalls schon im Februar 1990. Das Werk von Herrn Ammer wurde nachgedruckt, und 2.000 Exemplare wur-

den an den Studentenrat zur Weiterverteilung gegeben. Der VERS wirkte in vielfältiger Weise bei der Darstellung der Nachkriegsgeschichte in Publikationen der Universität mit. Eine Sonderveranstaltung zur 575-Jahrfeier wurde im Jahr 1994 durchgeführt. Nach Gründung einer Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge des VERS und einer fünfköpfigen Archivgruppe begann die systematische Auswertung der Akten des Universitätsarchivs, der SED und des MfS für die Universitätsgeschichte in der Zeit der SBZ und der DDR. Die Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in verschiedenen Publikationen, deren Titel ich mir hier ersparen will zu nennen. Sie finden sie auch an unserem Stand. Diese Auswertungsarbeit korrespondiert mit unseren jährlichen zwei Tagungen, die abwechselnd in Bad Kissingen und in Mecklenburg durchgeführt werden, jeweils drei Tage dauern und sich mit allen Problemen des Vereinigungsprozesses befassen. Zur Koordinierung der Aufarbeitungsbemühungen an den anderen Hochschulen der SBZ und DDR führten wir zwei Tagungen in Berlin durch, deren wichtigstes Ergebnis die Gründung der Koordinierungsstelle zur Geschichte von Widerstand und Selbstbehauptung an den Universitäten der SBZ/DDR im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden war. Künftiger Schwerpunkt unserer Arbeit soll die Untersuchung der dritten Hochschulreform 1968 im Zusammenhang mit der zunehmenden Anwendung der operativen Psychologie bei der Kaderpolitik an der Universität Rostock sein. Dazu ist ein Beitrag aus dem Bereich der Medizinischen Fakultät in Arbeit – übrigens korrespondierend mit der Arbeit, die von Herrn Schäfer vom Theissing-Institut hier schon angeschnitten wurde.

Zweitens: Die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zur Darstellung der Strukturen und Arbeitsweisen des MfS an der Universität Rostock, ein vom Bundesbeauftragten genehmigtes Forschungsvorhaben.

Drittens: Die Auswertung der Akten des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen im Bundesarchiv Koblenz mit dem Schwergewicht der Rostock betreffenden Teile. Natürlich führen wir die Aktenauswertung im Universitätsarchiv Rostock fort.

Wir erwarten zur Unterstützung unserer Arbeit die Fortführung der bisher vom BMI über die Union der Opferverbände – der hier schon genannten UOKG – gewährten finanziellen Unterstützung, auch für weitere Tagungen der Koordinierungsstelle in Dresden zum gemeinsamen Austausch der ehemaligen mittel-deutschen Universitäten. Zweitens, und das ist ein ganz neuer Aspekt, die Gewährleistung des ungehinderten Zugangs zu den in verschiedenen Archiven gelagerten Unterlagen aus der SBZ/DDR. Ein z. B. in Mecklenburg-Vorpommern fehlendes Archivgesetz könnte sich als hinderlich erweisen, da die Verantwortung für die Freigabe der Akten den einzelnen Archivleitern übertragen wird und hier ein vielleicht zu breiter Ermessensspielraum entsteht.

Auch die Verbesserung der finanziellen Förderung für unsere Seminararbeit durch die Bundeszentrale und die Landeszentrale für politische Bildung, die in den letzten Jahren auf sehr geringe Beträge zurückgegangen ist, wäre wünschenswert. Danke schön.



**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Ich danke Ihnen, Herr Dr. Bernitt. Als nächstem erteile ich Hans Schwenke vom Bürgerkomitee 15. Januar in Berlin das Wort.

**Hans Schwenke:** Das Bürgerkomitee 15. Januar konstituierte sich als eingetragener Verein, weil viele Aufgaben, die wir uns im Prozeß der Auflösung des MfS gestellt hatten, unvollendet blieben. Deren wichtigste war damals die Freigabe der Akten des MfS. Eines der wichtigsten Ergebnisse unserer frühen Arbeit und nicht nur des Berliner Bürgerkomitees, sondern der Bürgerkomitees in Leipzig, Dresden, Magdeburg und wo sie sich noch alle erhalten hatten, war demzufolge dann auch das Stasi-Unterlagengesetz und die Einrichtung der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. Dennoch erfüllen das Gesetz und die Behörde nicht alle unsere Erwartungen. Der Zugang zu den Unterlagen ist zwar frei, er ist aber kompliziert und zeitaufwendig, und wir wollten einen uneingeschränkten und an keinerlei Bedingungen geknüpften Zugang zu den nicht personenbezogenen Unterlagen des MfS, seinen Befehlen, Weisungen, Direktiven und Instruktionen, Lageberichten, Analysen, Maßnahmenplänen und Schulungsmaterialien – auch zu den Examensarbeiten und Dissertationen, die an der Hochschule des MfS geschrieben wurden. Wir haben uns deshalb an die Einrichtung eines Dokumentationszentrums gemacht. Das Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees 15. Januar umfaßt gegenwärtig rund 3.000 Datensätze, 33 Meter Aktenbestand, über 2.000 Bücher und Broschüren, 220 Videokassetten, darin Kopien von Lehrfilmen des MfS und Aufzeichnungen von Fernsehsendungen zum Thema „MfS und KoKo“ und vieles andere mehr. Die Dokumentationen geben auch Auskunft über die geschichtlichen Vorläufer des MfS von der Tscheka in Sowjetrußland, über die Sicherheitsdoktrin und den M-Apparat der KPD bis zur Gründung des MfS. Dokumentiert haben wir auch den Prozeß der Auflösung des MfS. Leider stehen uns hierfür nicht die Unterlagen des staatlichen Komitees selbst zur Verfügung, sondern lediglich die Unterlagen der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches, seiner operativen Gruppe, die dann später im staatlichen Komitee weiterarbeitete und eben der Bürgerkomitees Normannenstraße und Berlin. Diese Dokumentationen werden genutzt von Schülern, Studenten, Journalisten, von sehr vielen Betroffenen etwa nach Einsicht in ihre personenbezogenen Unterlagen in der Behörde des Bundesbeauftragten und in leider zu geringem Maße auch von Wissenschaftlern. Die angestrebte Wirkung der Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit wurde mit dem Dokumentationszentrum nicht erreicht. Dagegen stand und steht der weit verbreitete Wunsch, Vergangenes auf sich beruhen zu lassen und die zunehmende Tendenz, die Vergangenheit zu verklären. Wir haben uns deshalb, nachdem das Dokumentationszentrum in seinem Grundbestand geschaffen war, der Öffentlichkeitsarbeit zugewandt. Anfangs recht dilettantisch, mit der Zeit aber immer erfolgreicher. Neben unseren Veranstaltungen, die ja nur das regionale Publikum erreichen, verschaffen wir uns mit unserer Zeitschrift „Horch und Guck“ weit über Berlin und über Deutschland hinaus Gehör. Diese Zeitschrift gaben wir heraus, nachdem das Interesse der etablierten Medien am Thema Vergangenheitsbewältigung

erlosch und selbst engagierte Journalisten und Historiker zunehmend Schwierigkeiten bekamen, ihre Beiträge in den Medien unterzubringen. Mit „Horch und Guck“ schufen wir ihnen ein Medium speziell für diese Thematik. Daß wir damit einem Bedürfnis entsprachen, das viel verbreiteter ist, als es die übrige Medienwelt wahrnehmen will oder vermittelt, davon zeugt die Tatsache, daß selbst renommierte Journalisten und Wissenschaftler unserer Zeitschrift ihre Beiträge zur Verfügung stellen, und zwar unentgeltlich. Wo, so frage ich, findet man das noch? Mit dem, was wir tun und geschaffen haben, haben wir auch im Ausland Interesse gefunden. Die Erfahrungen, die wir bei der Auflösung des MfS und auch bei der Aufarbeitung der Geschichte sammelten, sind für Bürgerrechtler insbesondere in osteuropäischen Ländern und in GUS-Staaten von unschätzbarem Wert. Wir werden von ihnen ausgesprochen beneidet um unsere Möglichkeiten. Durch uns erfahren sie vielfach erstmals etwas über Struktur und Arbeitsweise eines und also auch ihres tschekistischen Dienstes sowie über die Metamorphose des MfS/AFNS im Prozeß seiner Auflösung. Und wir lernen etwas von ihnen, z. B. über die Metamorphose des KGB oder dergleichen Dienste und auch etwas über die Schwierigkeiten, die Menschen nach Jahrzehnten während der Indoktrination und Unterdrückung haben, den Weg in die Demokratie zu finden. Wir erhalten auch Kenntnis davon, daß nahezu zeitgleich mit dem ersten Volksaufstand nach dem Tode Stalins heute vor 43 Jahren in der damaligen DDR sich die Arbeitssklaven im kasachischen Kengir gegen ihre Peiniger erhoben. Der heutige Tag, denke ich, ist angetan, sich der Ereignisse von vor 43 Jahren zu erinnern, sich daran zu erinnern, daß sie Vorläufer hatten und Nachfolger fanden, daß der Widerstand gegen die kommunistische Diktatur unsäglich Opfer kostete und uns letztlich die Freiheit brachte. Das Bürgerkomitee steht in dieser Tradition der Menschlichkeit. Wir wissen, worum und für wen wir unsere Arbeit leisten.

Wir haben vielfältige Unterstützung für unsere Arbeit erhalten, aber können sie leider aus eigenem Aufkommen nicht finanzieren. Ich komme also zu dem Thema Geld. Das Bürgerkomitee ist gleich analogen Vereinigungen auf Zuschüsse angewiesen und erhält sie vorwiegend von der öffentlichen Hand und zu geringen Teilen von Sponsoren. Es lebt in erheblichem Maße vom Engagement und der Uneigennützigkeit seiner Mitglieder und Freunde, die nicht nur auf Entgelt verzichten, sondern vieles privat finanzieren. Die öffentliche Hand ist stark gesamtwirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt, die Privaten manchmal sogar auch noch persönlichen Schicksalsschlägen. Dies alles schafft keine Planungssicherheit, wie sie etwa ein Dokumentationszentrum oder die Herausgabe einer Zeitschrift erfordert. Die relativ kurze Dauer von ABM- und LKZ-Stellen, von denen das Bürgerkomitee seit Mai diesen Jahres keine einzige mehr hat, schließt darüber hinaus Kontinuität wie auch Professionalität in der Arbeit aus. Für die Arbeit des Bürgerkomitees, aber auch anderer Vereine und Initiativen muß ein anderes Modell her, wenn nicht über kurz oder lang die von diesen Verbänden und Initiativen geleistete Arbeit zum Erliegen kommen soll. Wir erwarten als Ergebnis der heutigen Anhörung an diesem denkwürdigen Tag von der Enquete-Kommission, vom Bundestag, auch von

den Parlamenten der Länder und von allen, die in unserem Lande Verantwortung tragen, daß sie sich ernsthaft um den Erhalt dessen bemühen, was die Verbände der Opfer und die Vereinigungen der Aufarbeitung der Geschichte kommunistischer Herrschaft bisher geschaffen haben, und daß die Tätigkeit der von diesen Verbänden und Vereinigungen geschaffenen Einrichtungen auf eine gesicherte finanzielle Grundlage gestellt wird. Möglichst in Form einer zu schaffenden Stiftung, in der Vertreter dieser Verbände und Einrichtungen nicht außen vor gelassen werden, wie man das in letzter Zeit so häufig antrifft, sondern verantwortlich mitwirken können. Ich danke Ihnen.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Vielen Dank, Hans Schwenke. Ich habe übrigens anfangs versäumt darauf hinzuweisen, daß nicht in allen Fällen die Namensschilder stimmen. Sie hören ja, wer aufgerufen wird, aber ich empfehle, sich die Namensschilder selbst umzumalen. Für die Antistalinistische Aktion, Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, die hier im Hause arbeitet, ist heute Herr Drieselmann bei uns.

**Jörg Drieselmann:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Geschäftsführer der Antistalinistischen Aktion Berlin Normannenstraße, kurz ASTAK genannt. Ich rede hier im Auftrag unseres Vorstandes. Die ASTAK betreibt die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße im Haus I dieses Gebäudekomplexes. Die Geschichte dieser Institution reicht zurück in den Januar des Jahres 1990. Damals wurde im Berliner Bürgerkomitee und am zentralen Runden Tisch die Idee geboren, in diesem Haus, dem Amtssitz Erich Mielkes, eine Forschungs- und Gedenkstätte einzurichten. Anschließend unternommene Versuche, daraus eine staatliche Einrichtung zu machen, schlugen fehl, so daß im Sommer 1990 die Initiatoren zur Selbsthilfe griffen und den Verein Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße gründeten. Zuerst einmal ging es darum, die einzigartigen historischen Räumlichkeiten zu sichern und vielerlei Materialien und Gegenstände für zukünftige Ausstellungsprojekte zusammenzutragen. Vieles wurde buchstäblich von der Müllkippe geholt. Als dann die Forschungs- und Gedenkstätte am 7. November 1990 der Öffentlichkeit zu regelmäßigen Öffnungszeiten zugänglich gemacht wurde, konzentrierte sich das Interesse der Besucher auf die Zustände in Mielkes Hauptquartier. Sehr früh jedoch wurde deutlich, daß Besucher darüber hinaus eine umfassende und detaillierte Information nicht nur über das Ministerium für Staatssicherheit, sondern auch über das politische System der DDR erwarten. Seither liegt der inhaltliche Schwerpunkt unserer Arbeit in der Darstellung des Lebens in der DDR im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand. Die Herkunft vieler unserer Vereinsmitglieder aus der Demokratiebewegung in der DDR gewährleistet sowohl die profunde Kenntnis der Situation in der DDR als auch die engagierte und eindeutige Auseinandersetzung mit dem SED-Regime. Hier ist die Tatsache, daß Mielkes Haus des Schreckens heute von denjenigen verwaltet wird, die von der Stasi bearbeitet wurden oder in den DDR-Gefängnissen saßen, von besonderer politisch-symbolischer Bedeutung. Die Aufbauzeit war durch vielerlei Schwierigkeiten gekennzeichnet. Insbesondere die bis heute nicht geklärten Eigentumsverhältnisse für das Haus

I und ständige Finanznöte erschwerten die Arbeit. Eine Entspannung der Situation trat erst im Herbst 1991 ein, als eine 13 Stellen umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für zwei Jahre eingerichtet werden konnte. So konnten Personalkosten gedeckt und eine minimale Büroausstattung bezahlt werden. Im Sommer 1993 vereinbarten das Bundesministerium des Innern und die Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, daß die Forschungs- und Gedenkstätte künftig von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen betrieben werden solle. Die ASTAK wurde aufgefordert, die Räumlichkeiten und den Ausstellungsbetrieb zum 1. November 1993 an die Behörde des Bundesbeauftragten zu übergeben. Dieses Ansinnen wurde von der Mitgliederversammlung des Vereins abgelehnt. Nach Auslaufen der ABM im Oktober 1993 folgten sechs Monate, in denen der volle Betrieb der Forschungs- und Gedenkstätte durch ausschließlich ehrenamtliche Tätigkeit aufrechterhalten wurde. Mit dem 1. Mai 1994 konnte wieder eine ABM eingerichtet werden, jedoch nur noch mit fünf Stellen. Diese Maßnahme endet spätestens am 30. April 1997, danach ist die Zukunft ungewiß. Trotz der unbefriedigenden Finanzausstattung arbeitet die Forschungs- und Gedenkstätte auf vollen Touren. Wir veranstalten rund zweistündige Vorträge und Führungen für Besuchergruppen, in denen über DDR und Stasi informiert wird. Das waren allein im letzten Jahr 1.106 Besuchergruppen. Dazu kommen Führungen durch das Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen. Seit einigen Jahren führt die ASTAK ein- und mehrtägige Seminare durch. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde dieses Angebot schon von 41 Gruppen wahrgenommen. Dazu gehören Begegnungsseminare für Teilnehmer aus Ost und West, Fortbildungsveranstaltungen für Polizisten der ZERV, Projektstage für Schulklassen und Seminare für Bundeswehrangehörige. Seit Januar bieten wir Gruppen auch Gesprächsrunden mit Männern und Frauen aus der Demokratiebewegung in der DDR. Speziell an Berliner Interessenten wendet sich unsere abendliche Vortragsreihe „Zeitzeugen“. Die Qualität unserer Arbeit ist, so meinen wir, ablesbar an den stetig steigenden Besucherzahlen. Kamen im Jahre 1992 über 24.000 Menschen zu uns, so waren es im Jahre 1995 schon über 45.000, in diesem Jahr werden wir wahrscheinlich die 60.000-Besuchergrenze überschreiten. Der große Erfolg der Veranstaltungs- und Seminartätigkeit darf jedoch nicht über die schmerzlichen Defizite hinwegtäuschen. So konnte erst im letzten Jahr mit dem dringend nötigen Neubau unserer Bauausstellung begonnen werden. Mit Unterstützung des Berliner Landesbeauftragten wird ein neuer Ausstellungsteil zum Thema „Widerstand und Verfolgung in der DDR“ und ein zweiter Teil über das „Ende der DDR“ hergestellt. Eröffnungstermin ist der 15. Januar nächsten Jahres. Besonders schmerzlich ist die Einstellung unserer Pressedokumentation. Unsere personelle und finanzielle Kraft reicht dafür nicht mehr aus. Gleiches gilt für unsere Mediothek – unsere Fachbibliothek blieb im Aufbau stecken. Etwas Erfreuliches bleibt bei der Beschreibung unserer gegenwärtigen Arbeit zu vermelden: Vor einigen Tagen hat die ASTAK die Trägerschaft an der von Hans Michael Kloth ins Leben gerufenen und betreuten Homepage im Internet „Geschichte von unten“ übernommen, um dieses wichtige Serviceangebot für alle Aufarbeitungsinitiativen auf eine besser gesi-

cherte Basis zu stellen. Dies könnte unserer Meinung nach der Anfang sein für eine informelle Vernetzung der Initiativen und Opferverbände. Überhaupt wünschen wir uns in diesen Zeiten der Unsicherheit ein engeres Zusammenrücken. Wir sind schon drei unter einem Dach, und das Berliner Bürgerkomitee wird wohl auch bald dabei sein. Für die Zukunft gehen wir davon aus, daß die Vortrags- und Seminarveranstaltungen weiter gut besucht werden. Da dieses Angebot sehr breit ist und sich an den Interessen der Besuchergruppen orientiert, ist hier an eine grundsätzliche Veränderung zunächst nicht gedacht.

Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße hat dank des engagierten Einsatzes unserer Mitglieder, unserer Mitarbeiter und Freunde ihren Platz unter den großen Gedenkstätten von gesamtdeutscher Bedeutung gefunden. Wir erwarten, daß der Widerspruch zwischen sehr guter und umfangreicher Arbeit einerseits und unzureichender Finanzausstattung und unsicherer Zukunft andererseits durch eine institutionelle Absicherung aufgehoben wird. Natürlich nutzen wir alle Möglichkeiten, eigene Mittel einzunehmen und so einen Beitrag zur Finanzierung unserer Arbeit zu leisten. Politische Bildung kann jedoch nicht kostendeckend sein. Wir wünschen uns das tätige Bekenntnis der Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Aufgabe der Vergangenheitsklärung als Voraussetzung für das Gelingen des inneren Einigungsprozesses und für die Gestaltung politischer Kultur in Deutschland oder, um es deutlicher zu sagen, wir erwarten die Festsetzung des Wechselkurses von Schulterklopfen gegen D-Mark, und wir hoffen, daß dies kein Schwindelkurs sein wird.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Ganz herzlichen Dank. Aus Leipzig vom dortigen Bürgerkomitee und Museum „Runde Ecke“ ist Herr Taut zu uns gekommen.

**Herr Taut:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, verehrte Damen und Herren, wir danken für die Einladung. Jetzt muß ich schnell entscheiden, ob ich auch so schnell spreche oder ob ich lieber das rauspicke, was uns besonders wichtig ist.

Das Bürgerkomitee in Leipzig bildete sich schon am 4. Dezember 1989 anläßlich der ersten Kontrollen in den Dienstgebäuden der Staatssicherheit, und von diesen ca. 150 Leuten sind heute noch 25 aktiv in unserem Komitee. Inzwischen haben wir uns als eingetragener Verein organisiert. Ursprünglich hatten wir ja unsere Aufgabe auf die Staatssicherheit beschränkt, inzwischen stellten wir dann fest, daß die Staatssicherheit direkt von der SED geleitet wird und von dieser Zeit an stand die Stasiauflösung für uns immer auch im Kontext zur Gesamtstruktur des SED-Staates. Wir haben uns für die Erhaltung der Stasi-Akten eingesetzt, gegen die Regierungen Modrow und de Maizière. Wir arbeiteten im Volkskammerausschuß zur Kontrolle und Auflösung des MfS mit und brachten von dort unsere Erfahrungen bei der Stasiauflösung ein, die dann auch in das Stasi-Unterlagengesetz einmündeten. Wir beteiligten uns an der Auseinandersetzung um vorangegangene Novellierungen des Stasi-Unterlagengesetzes, wir wandten uns z. B. gegen den derzeitigen Vorstoß, eine IM-Tätigkeit, die vor 1975 bzw. bis Ende 1975 beendet wurde, nicht mehr zu

beauskunfteten – wir lehnen das ab. Das Bürgerkomitee sah von Anfang an einen Schwerpunkt seiner Arbeit in der Erarbeitung und Betreuung von Ausstellungen. Im Museum in der „Runden Ecke“ zeigen wir in originalen Räumen die ständige Ausstellung „Stasi, Macht und Banalität“, die mit regem Interesse von in- und ausländischen Besuchern genutzt wird – zur Zeit jährlich ca. 20.000 Besucher. Weiterhin zeigen wir eine Wanderausstellung vorwiegend in den alten Bundesländern und wechselnde Sonderausstellungen. Es finden natürlich auch Führungen statt, das alles mit einer hauptamtlichen Kraft, der Rest wird ehrenamtlich abgedeckt. Ein weiteres Projekt ist der Stasibunker Machern bei Leipzig als ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung; er soll in Ergänzung zum Museum in der „Runden Ecke“ vor allen Dingen die Perfidität der militärischen Planung verdeutlichen. Jetzt gelang es uns, das Gelände, auf dem sich dieser Bunker befindet, für 99 Jahre zu pachten. Im Museum in der „Runden Ecke“ werden von uns vor allen Dingen Veranstaltungen organisiert, die regelmäßig auf Interesse stoßen, das sind Buchlesungen mit Autoren von Fachbüchern, aber auch Belletristik sowie wissenschaftliche Vorträge. Ein Höhepunkt war im Dezember 1994 die Tagung „Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch“, auf der namhafte Juristen, Archivare, Historiker, Politiker, Journalisten und Betroffene gemeinsam mit ca. 200 Teilnehmern die fünf Jahre früher gefällte Entscheidung zum Erhalt und zur Öffnung der Stasi-Akten auf ihre Richtigkeit hin prüften. Die Ergebnisse dieser Tagung werden in den nächsten Wochen als Buchpublikation in der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Wenn wir nach den Schwerpunkten der Arbeit gefragt werden, dann ist es für uns ganz wichtig, daß der einzelne die Möglichkeit hat, sich mit der DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das kann nicht nur in großen Linien erfolgen, etwa durch gesetzliche Rehabilitierungs- und Entscheidungsansprüche oder behördliche Tätigkeit, sondern auch die kleinen Vereine und Initiativen leisten an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag. Wir haben die sogenannte Kompetenz der Betroffenheit und können viel authentischer und glaubwürdiger über diese Sachverhalte berichten. Wir leisten mit unseren Projekten professionelle Arbeit, die anerkannt und gebraucht wird. An dieser Stelle möchte ich kurz zwei Schwerpunkte nennen, die wir auch als Bitte haben. Die Projekte, die der Förderung durch die Stiftung bedürfen, sind schon erwähnt. Ganz wichtig ist uns, daß diese Stiftung vor allen Dingen Projektförderung und viel weniger Personalkostenförderung ausmacht, dann haben wir auch die Möglichkeit, wirklich ergebnisorientiert zu arbeiten. Ein zweites Problem, was überhaupt noch nicht angeschnitten worden ist, ist die Förderung der Gemeinnützigkeit. Wir haben hier ein großes Problem, daß die Gemeinnützigkeit unseres Vereines nicht anerkannt wurde, weil nach § 10 Absatz 1 Einkommensteuergesetz die besonders förderungswürdigen gemeinnützigen Zwecke eines solchen Vereines nicht mit beinhaltet sind. Nach diesen Anlagen scheint die Förderung mit der Problematik bis 1945 aufzuhören. Es ist auch ein ganz konkretes Anliegen, das wir an die Mitglieder des Bundestages und auch an die Bundesregierung haben, daß dort wirklich konkretisiert wird. Vielen Dank.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Vielen Dank, Herr Taut. Aus Rostock für die UVA jetzt Herr Thomas.

**Reinhardt Thomas:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Vorsitzender des Unabhängigen Vereins zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit e.V. Unser Verein wurde im März 1992 gegründet. Hauptanliegen des Vereins ist es, Verfolgten und Opfern des SED-Regimes zu helfen und die DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Im September 1993 erhielten wir über die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft vom Bundesministerium des Innern und dem Land Mecklenburg-Vorpommern finanzielle Mittel für unser Projekt zur Aufarbeitung der SED-Archive. Im Mai 1994 wurde unser erster Bericht veröffentlicht und auf der Fachtagung „Bilanz der zweiten deutschen Diktatur“ im Juni des gleichen Jahres vorgestellt. Schwerpunkte des Berichtes waren das Überwachungssystem der SED, die Befehlsstruktur, das Nomenklaturkadersystem und die Strategie und Taktik der Einflußnahme auf allen Gebieten durch die SED. Anhand der Nomenklaturkaderordnung und des Grenzregimes im Norden der DDR konnte die Verantwortung der Nomenklaturkader der SED zweifelsfrei nachgewiesen werden. Aufbauend auf den ersten Bericht wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund „SED-Staat“ der Freien Universität Berlin im November 1995 der zweite Bericht fertiggestellt und auf einer viel besuchten und beachteten Fachtagung der Öffentlichkeit vorgestellt. Schwerpunkte dieses Berichtes waren die Zusammenarbeit von SED und SPD, das Verhältnis Kirche – SED und die DDR-Blockparteien. Das öffentliche Interesse und die Resonanz in den Medien waren groß und durchweg positiv. Mit 300 bzw. 400 Besuchern waren beide Veranstaltungen in Schwerin ein voller Erfolg. Anhand des Archivmaterials konnten folgende Ergebnisse unserer Arbeit vorgestellt und eindeutig belegt werden:

1. Die SED war eine stalinistisch geprägte Partei, deren Nomenklaturkader gemeinsam mit den Funktionären der Blockparteien verantwortlich bzw. mitverantwortlich zeichnen für die zweite deutsche Diktatur.
2. Die Nomenklaturkader in SED und Blockparteien waren Motor und Transmissionsriemen der Maschinerie zur Aufrechterhaltung des SED-Regimes. Mit der Ablenkungsstrategie auf die informellen Mitarbeiter des MfS durch die SED und Blockparteikader ist es ihnen gelungen, ihr personelles Netzwerk in Wirtschaft, Verwaltung und Politik zu festigen.

Schwerpunkte unserer zukünftigen Arbeit wird neben der Opferbetreuung die weitere Aufarbeitung der SED- und Blockparteiarhive sein. Trotz vieler Probleme ist es uns bisher gelungen, finanzielle Mittel zu erhalten. Wir hoffen, das bleibt auch so. Unsere Projektbewerbung allerdings bei der Enquete-Kommission des Landtages blieb trotz unserer erfolgreichen und anerkannten Arbeit – oder gerade deshalb – unberücksichtigt. Bevor ich unsere konkreten Erwartungen an die Politik zusammenfasse, muß ich noch grundsätzlich etwas zu unseren Erfahrungen sagen. Es gibt aus unserer Sicht in keiner Partei ein ernsthaftes Interesse an wirklicher Aufarbeitung und Bewältigung der zweiten

deutschen Diktatur. Die Unterstützung von Aufarbeitungsinitiativen hat oft nur Alibi-Charakter. Auch verständnisvolle Reden können darüber nicht hinwegtäuschen. Das Netzwerk von Altkadern hat sich, wie schon gesagt, verfestigt. Das von dieser Minderheit erzeugte gesellschaftliche Klima trifft die Opfer und verhindert eine wirkliche gesellschaftliche Erneuerung in den neuen Bundesländern. Wegen der aus diesem Grunde im Alltag erlebten Ungerechtigkeiten hat sich eine schweigende Mehrheit vom Rechtsstaat im Osten zurückgezogen. Kurz gesagt, was machtpolitisch richtig schien, hat das Unrechtsregime relativiert, zur vielfachen Abkehr vom Rechtsstaat geführt und letztendlich die PDS gestärkt. Begünstigt wurde diese gesellschaftlich negative Entwicklung im Osten offenbar durch einen jahrelangen Werteverfall im Westen, der geprägt ist vom Verständnis und von Interesse für die Täter bei gleichzeitiger Ignoranz in bezug auf die Opfer von politischer Gewalt. Wenn die Ergebnisse der Arbeit aller Aufarbeitungsinitiativen – und hier schließen wir die PDS-Gruppen aus – nicht endlich zu Konsequenzen in der Politik und zu nachvollziehbaren moralischen Wertmaßstäben in der Gesellschaft führen, verliert der Rechtsstaat in den neuen Bundesländern weiter an Akzeptanz. Damit sind unsere Erwartungen, die Erwartungen der Opfer und einer schweigenden Mehrheit an Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, und an die Spitzenpolitiker der demokratischen Parteien klar ausgesprochen und definiert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Frau Ellmenreich, Ihnen gebührt in diesem Podium jetzt das Schlußwort. Frau Ellmenreich kommt von der Jenaer Geschichtswerkstatt.

**Renate Ellmenreich:** Ich danke für die Einladung. Ich vertrete hier die Geschichtswerkstatt Jena e.V., die wahrscheinlich das jüngste Mitglied in der Runde der Aufarbeitungsinitiativen hier am Tisch ist. Wir haben heute unseren ersten Geburtstag. Heute vor einem Jahr haben wir uns gegründet. Ein wenig sehen wir auch die Enquete-Kommission als Taufpatin an, denn bei der Anhörung vor zwei Jahren in Jena zum Widerstand in der SED-Diktatur wurde die Idee unserer Gründung geboren und hat dann Gestalt angenommen. Ich denke, es war auch kein Zufall, daß diese Anhörung zum Thema „Widerstand“ in Jena stattfand, einer Stadt, die eine lange liberale Tradition und eine lange Geschichte widerständigen Verhaltens hat. Aber wie es oft so geht, liebt eine Stadt ihre unangepaßten Kinder natürlich nicht sehr und hat viele abgetrieben. So kommt es, daß unser Verein Mitglieder und Interessenten hat, die einmal in Jena gewirkt haben, heute aber in ganz Deutschland und darüber hinaus verteilt leben. Das ist zwar interessant für den Austausch untereinander, aber sehr unpraktisch für die konkrete Arbeit. So haben wir zur organisatorischen Unterstützung seit Februar diesen Jahres fünf ABM-Kräfte eingestellt, diese arbeiten unter noch sehr unwürdigen und erschwerten Bedingungen in zwei Zimmern, die uns freundlicherweise die Stadt mietfrei zur Verfügung gestellt hat – ohne Telefonanschluß, was sich laut Auskunft der Telekom nicht ändern läßt – und mit einem alten 286er Computer. Zwei Sätze zu unserer Arbeit. Es finden monatlich Vorträge statt, in denen wir die Ergebnisse bisheriger Forschung zu un-



serer Region darstellen. Wir veranstalten Lesungen und Ausstellungen in der Reihe „Kunst im Widerstand“. Wir haben zwei größere Tagungen jährlich. Eine findet heute zum Thema „17. Juni und der Widerstand in den 50er Jahren“ statt. Wir geben eine Zeitschrift heraus – ich habe einige Exemplare mitgebracht und erlaube mir nachher, wenigstens den Mitgliedern der Kommission einige davon zu überreichen. Es ist unser Erstlingswerk und noch ganz druckfrisch, erst eine Woche alt. Wir veranstalten Zeitzeugenforen, weil es uns wichtig erscheint, die Menschen sich selbst erinnern zu lassen und damit die Aufarbeitung in Gang zu setzen. Das ist ja auch die besondere Chance einer so kleinen Initiative, die so lokal fokussiert ist, daß in einem Ort, wo sich viele Menschen kennen und schon zusammen im Sandkasten gespielt haben, die Geschichte miteinander noch einmal reflektiert werden kann und dort gründliche Aufarbeitung stattfinden kann – nicht nur auf der theoretischen Ebene.

Was wir uns wünschen: drei feste Stellen, Geld für Werkverträge, vor allem für kleinere Forschungsaufträge. Es wurde ja alles heute schon gesagt. Und eine kleine, aber funktionierende bürotechnische Ausstattung samt Telefon. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Werkstatt eingeht in die noch zu gründende Landesdokumentationsstelle des Landes Thüringen, die hoffentlich auch in Jena in dieser Straße Gerbergasse 18, nach der wir unsere Zeitschrift benannt haben, eingerichtet wird. Dann wäre vielleicht die Förderung durch das Land etwas besser. Bisher haben wir noch kein Geld bekommen.

Die Schwierigkeiten, die wir haben, möchte ich auch noch kurz nennen, wenn meine Zeit noch reicht. Es wurde schon einmal gesagt, daß die Anlaufstelle für die „Mühseligen und Beladenen“ oft bei solchen Initiativen gesucht wird. Wir sind gar nicht dafür eingerichtet, wir haben keine Psychologen dabei und auch sonst keine Beratungsmenschen, die helfen können, aber es kommen sehr viele zu uns, und wir können noch gar nicht damit umgehen. Eine zweite Frage ist die nach einem Rechtshilfefonds. Wir haben schon die ersten Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene. Nicht nur, daß das „Neue Deutschland“ meint, gewisse Leserbriefe wieder einsetzen zu müssen zu allem, was wir tun, oder daß unsere ständigen IM's als Dauergäste da sind, sondern daß schon mit einem ersten juristischen Vorgehen gedroht wurde. Unsere Frage, die ich Ihnen mitbringe, ist, ob vielleicht überregional für Aufarbeitungsinitiativen ein Rechtshilfefonds geschaffen werden kann, denn wir sind natürlich damit überfordert, einen Anwalt zu bezahlen. Danke schön.

**Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner:** Ich danke Ihnen, Frau Ellmenreich, aber auch allen anderen hier auf dem Podium ganz herzlich für das Verständnis gegenüber der engen Zeitvorgabe. Wir liegen trotzdem deutlich zurück. Es liegt daran, daß wir zu spät angefangen haben und jetzt sehen müssen, wie wir damit im weiteren Verlauf umgehen können. Was ich mir eigentlich unter einer guten Moderation vorstelle, nämlich daß man jetzt Fragen herausarbeitet, bündelt, zuspitzt, das werde ich alles nicht tun können, weil der Zeitplan es nicht zuläßt. Wir werden jetzt eine erste Runde mit Fragen und Beiträgen von Mitgliedern der Enquete-Kommission haben. Ich rege an, unmittelbar danach